Thüringer AfD gegen geplanten Moscheebau in Erfurt

17. Mai 2016

Erfurt (KNA) Gegen den Plan zum Bau einer Moschee in Erfurt will die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag vorgehen. Sie beantragte dazu eine Aktuelle Stunde in der nächsten Plenarsitzung vom 18. bis 20. Mai, wie die Fraktion am Freitag mitteilte.

Die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde hat bei der Stadt Erfurt einen Bauvorantrag für die Errichtung eines Gotteshauses mit Minarett im Ortsteil Marbach gestellt. Es wäre der erste Moschee-Neubau in Thüringen und – mit Ausnahme von Berlin – nach Leipzig und Chemnitz das dritte derartige Projekt in einem der neuen Bundesländer.

Wie die AfD bekannt gab, fand am Donnerstag in ihren Räumen ein Gespräch zwischen Spitzenvertretern ihrer Fraktion und der Ahmadiyya-Gemeinschaft statt. Das Treffen sei auf Initiative der muslimischen Gemeinde erfolgt. Die religionspolitische Fraktionssprecherin Corinna Herold erklärte, das Gespräch sei in einer „höflichen und sachlichen Atmosphäre“ erfolgt. Dennoch lehne sie den geplanten Moscheebau ab und befürworte einen Bürgerentscheid dazu. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke wertete den Moscheebau als „Teil eine langfristigen Landnahmeprojektes“. Die AfD werde Bürgerinitiativen unterstützen, die den Bau auf rechtsstaatliche Weise verhindern wollten.

In Ostdeutschland halten die Muslime ihre Gottesdienste bislang in Wohnräumen oder ehemaligen Geschäftsbauten ab. Die Gebetsstätten sind nach Angaben ihrer Gemeinden immer öfter überfüllt, da die Zahl der Muslime durch die Aufnahme von Flüchtlingen zunimmt. Die Erfurter Anmadiyya-Gemeinde hat nach eigenen Angaben derzeit rund 70 Mitglieder. Sie will eine Moschee auch als Ort des Dialogs nutzen.

Die Gemeinschaft Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ) versteht sich als weltweite islamische Reformbewegung. Nach eigenen Angaben tritt die 1889 gegründete Gemeinschaft für die friedlichen Werte des Islam ein. Dazu zählten die Gleichwertigkeit von Mann und Frau, Trennung von Religion und Staat, Beendigung gewalttätiger Aktionen im Namen der Religion sowie die im Koran festgelegten Menschenrechte.

In Deutschland hat die Gemeinschaft nach eigenen Angaben rund 35.000 Mitglieder und unterhält 39 Moscheen, etwa 225 Gemeinden sowie einen TV-Sender und einen Verlag. 2013 wurde ihr in Hessen der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts – als erster islamischer Organisation in Deutschland – zuerkannt. Zudem ist die AMJ Kooperationspartner des Landes beim islamischen Religionsunterricht.

(KNA – qkpln-89-00144)

Stand: 13. November 2026